

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

123 (23.6.1950)

WUNSCHER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 422 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 55. Chefredakteur: Hermann Jerrentrop. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12. Fernruf 2249. Vertriebsfilialen: Offenburg, Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lorrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung
für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einisch. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -34 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 29. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 2. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsfilialen.

Preis 15 Pfg.

Jahrgang 5 / Nr. 123

Freitag, 23. Juni 1950

Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland bestätigt

Die Dementis entkräften nichts — Westdeutsches Friedenskomitee ruft zur Verteidigung des Friedens auf

Bonn. (EB) Unruhe und Empörung hat sich der Bevölkerung bemächtigt, als bekannt wurde, daß Brücken wieder mit Sprengkammern versehen werden und am Mittelrhein umfangreiche Kriegsvorbereitungen im Gange sind. Mit Schreck erfuhren vor allen Dingen die Bevölkerung der mittelrheinischen Städte und Dörfer, daß beabsichtigt ist, durch die Sprengung des Lorelei-Felsens und anderer Felsenwände den Rhein zu stauen, wodurch ganze Gebiete, zahlreiche Dörfer und Städte überflutet würden.

Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy sah sich durch die Unruhe in der Bevölkerung genötigt, die in den verschiedensten westdeutschen Zeitungen veröffentlichten Meldungen und Fotos zu dementieren und als krassen Unsinn zu bezeichnen. Dieses Dementi des amerikanischen Hohen Kommissars kann jedoch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß am Fuß der Lorelei 22 Sprengschächte von 4,5 m Tiefe in die Straße gebohrt wurden. Tatsache ist weiterhin, daß Sprengstellen in die Felsenwände am Rhein getrieben wurden. Solche Sprengschächte wurden in großer Anzahl auch in den Seitentälern des Rheins angelegt. Die Anlegung dieser Sprengschächte und Sprengstellen kann nur den Zweck verfolgen, durch Sprengung der Feldwände evtl. unter Anwendung von Atomenergie, den Rhein an seiner schmalsten Stelle zu stauen.

Wie der Korrespondent der amerikanischen Agentur A. P. meldet, erhielt er auf einen Anruf bei der französischen Militärregierung in Koblenz folgende Antwort: „Derartige Maßnahmen werden nicht nur von den Franzosen getroffen, sie geschehen auf Anordnung des alliierten Oberkommandos. Ich versichere Ihnen, daß diese Maßnahmen nicht nur in der französischen Zone und nicht nur entlang des Rheins, sondern überall in Westdeutschland getroffen werden. Es wäre ratsam, nicht darüber zu sprechen.“

„Anglo-amerikanischer Imperialismus - Erbe Hitlers“

Berlin. (nach dpa) Zum 9. Jahrestag des Ueberfalls des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion veröffentlichte die Regierung der DDR ein Kommuniqué, in dem der 22. Juni 1941 als einer der schändlichsten Tage in der deutschen Geschichte bezeichnet wird. Dank der unüberwindlichen Stärke der Sowjetvölker, dank den heldenmütigen Opfern der Kämpfer der Sowjetarmee, dank der genialen Kriegskunst des Generalissimus Stalin sei Europa von der Geißel des faschistischen Regimes befreit und der Weg zu wahrhaft demokratischem Leben in Frieden und Wohlstand freigemacht worden. An die Stelle des räuberischen Hitlerfaschismus ist der ebenso räuberische anglo-amerikanische Imperialismus getreten, der die Weherschafft erringen und dafür unser Volk in einen neuen 22. Juni jagen will. „Dies darf und wird den anglo-amerikanischen Nachfolgern Hitlers nicht gelingen“, heißt es in dem Kommuniqué.

Verbot der KP Australiens verschoben

Canberra. Die Antikommunistenvorlage der australischen Regierung wurde für drei Monate zurückgestellt. Die noch bestehende Labour-Mehrheit im Senat war für die Vorlage der Regierung nicht zu gewinnen, nachdem Ministerpräsident de Menzies im Repräsentantenhaus die Zustimmung erhalten hatte. Die Labour-Mehrheit im Senat war nicht grundsätzlich gegen das Verbot der KP, sondern nur deshalb, weil sie befürchtete, daß Bestimmungen, die in der jetzigen Regierungsvorlage enthalten sind, auch gegen sie selber angewandt werden könnten.

Im Streiflicht gesehen

Drei Bergleute eingeschlossen

Herbede. (dpa) Durch den Bruch eines Strebens wurde auf der Zeche Jupiter in Herbede am Mittwochmorgen drei Bergleute eingeschlossen. Die Rettungsarbeiten sind außerordentlich schwierig. Die drei verschütteten Bergleute machen sich noch durch Klopfzeichen bemerkbar. Man hofft, sie bald bergen zu können.

Münchener Polizeipräsident belastet

München. (dpa) Im Münchener Goldschleiberprozess erklärte der Hauptangeklagte Josef Schäffler, daß Polizeipräsident Franz Xaver Pitzer am Goldgeschäft durch Bankdirektor Leonhard prozentual beteiligt werden sollte. Durch Mitwisser Leonhards sei ihm mehrere Male gesagt worden, daß Pitzer mit „seiner Polizei“ die Goldtransporte decken würde. Der Schuhkaufmann Fritz Tretter, ein Freund des Gemeindebankdirektors, hätte ihm gesagt, daß man das Gold jetzt ruhig auf einen Kühlboden binden und öffentlich durch München fahren könne, denn mit Pitzer sei alles abgesprochen. Tretter hätte auch erzählt, daß der Polizeipräsident immer wieder Geld von der Gemeindebank abhole.

Frühlingsabschied mit Hagelschlag

Paris. (dpa) Der diesjährige Frühling brachte Frankreich in wahlloser Folge Kälteperioden, Hitze-

wellen, Hagelschlag und Wolkenbrüche. Am Dienstag verabschiedete er sich mit einem Hagelschlag, der insbesondere das Gebiet zwischen Angers und Le Mans heimsuchte. Es fielen Hagelkörner bis zu einem Gewicht von zweihundert Gramm. Der Sachschaden beläuft sich auf über eine halbe Milliarde Francs. In Montreuil-Belfroy wurde eine große Drahtzieherei so schwer beschädigt, daß das Werk vierzehn Tage stillgelegt werden muß.

Windhose über Holland

Amsterdam. (dpa) Im Nordwesten der holländischen Provinz Brabant wurde von einer Windhose schwerer Schaden verursacht. Zahlreiche Obstbäume wurden enturzelt. Dachpfannen und Zaune wurden Hunderte von Metern fortgetragen. 25 Häuser erlitten schwere Beschädigungen. In Utrecht richteten Hagelkörner, die zum Teil taubengroß waren, schwere Verwüstungen in Obstgärten an.

Ueberraschende Explosion auf Schiffswrack

Kiel. (dpa) Auf dem Wrack des Schiffes „Lisbeth Cords“ in der Eckernförder Bucht erfolgte nach dem Abschluß der täglichen Sprengarbeiten aus bisher ungeklärter Ursache eine heftige Explosion, bei der zwei Personen getötet wurden.

keine tote Zone, wir wollen darum keine Kriegsvorbereitungen und keine Sprengkammern, weder in den Brücken, noch in den Straßen oder an den Felsenwänden des Rheins. Wir wollen den Frieden und freundschaftliche Beziehungen mit allen friedliebenden Völkern. Diesen, unseren Friedenswillen müssen wir vor aller Welt bekunden. Wir müssen zeigen, daß wir zur Verteidigung des Friedens bereit sind, indem wir gegen die in Westdeutschland im Gange befindlichen Kriegsvorbereitungen kämpfen.

Komitee der Kämpfer für den Frieden Westdeutschlands.

Alliierte pfeifen auf Immunität

Bonn. (n. dpa) Die Alliierte Hohe Kommission hat Bundeskanzler Dr. Adenauer in einem Schreiben mitgeteilt, daß sie die volle Immunität der Abgeordneten des Bundestages und der Landtage nicht anerkennt. Für diese gälten die Bestimmungen des

Besatzungsstatuts und die Alliierten behielten sich die richterliche Gewalt auch gegenüber den Abgeordneten vor.

Die Praxis der westlichen Alliierten entsprach bisher bereits dem von ihnen jetzt verkündeten Grundsatz. Eine Reihe kommunistischer Abgeordnete, als erster der Vorsitzende der KPD, Max Reimann, wurden Opfer dieser Praxis. Die Alliierten haben sich jetzt nur bequemt, offen einzugehen, daß sie in Westdeutschland auf die in aller Welt geltenden Rechte der Abgeordneten auf Immunität pfeifen. Damit haben sie auch auf diesem Wege erneut den Kolonialcharakter Westdeutschlands bestätigt.

Hessens Landtagsmehrheit mit Militarisierung einverstanden

Wiesbaden. (dpa) Der hessische Landtag lehnte mit Mehrheit einen Dringlichkeitsantrag der KPD-Fraktion, bei der amerikanischen Besatzungsmacht gegen die Errichtung militärischer Anlagen in Hessen zu protestieren, ohne Aussprache ab.

Zerbrecht den Pakt der Kanonenkönige

Kampfbündnis der deutschen und französischen Gewerkschaften von höchster Bedeutung für Erhaltung des Friedens

Berlin. (EB) Im Rahmen der Kriegsvorbereitungen der Imperialisten soll der Schuman-Adenauer-Plan die Vorbereitung für die profitbringende Ausnutzung der französischen und westdeutschen Schwerindustrie im Interesse des amerikanischen Monopolkapitals auf Kosten der Arbeiterschaft beider Länder sichern. Gerade im Hinblick auf diese gesteigerten Kriegsvorbereitungen kommt der gemeinsamen Erklärung der beiden mächtigen Gewerkschaftsverbände gegen den Schuman-Plan eine besondere Bedeutung zu.

Mit dieser Erklärung nimmt das Politbüro der SED zum Abkommen zwischen dem französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund und dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund Stellung und fährt fort:

„Die in der Erklärung beschlossenen ge-

Solidarität und Aktionseinheit der Arbeiterklasse kennzeichnet zugleich den Willen des französischen und des deutschen Volkes, sich niemals für einen Krieg gegen die Sowjetunion, die an der Spitze des Weltfriedenslagers steht, mißbrauchen zu lassen. Das Politbüro der SED ruft die gesamte friedliebende Bevölkerung, insbesondere die Gewerkschaftsmitglieder und die Belegschaften der Betriebe, auf, die in der gemeinsamen Erklärung der beiden Gewerkschaftsverbände vorgesehenen Aktionen mit allen Mitteln zu unterstützen.“

Junggewerkschafter gegen Böckler-Erlaß

Jugendversammlung bei Daimler-Benz, Mannheim, fordert Solidarität des DGB-Vorstandes mit der Friedensbewegung

Junggewerkschafter gegen Böckler-Erlaß! Jugendversammlung bei Daimler-Benz Mannheim fordert Solidarität des DGB-Vorstandes mit der Friedensbewegung. Mannheim. (EB) Gestern fand bei der Daimler-Benz AG Mannheim eine Gewerkschaftsjugendversammlung statt, die sich nach eingehender Diskussion in einer Entschließung gegen das Rundschreiben des Bundesvorstandes des DGB, Dr. Böckler, wandte, in welchem die Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert wurden, sich an der Friedensbewegung zu beteiligen und die Drohung mit Ausschuß bei einer Tätigkeit für die Friedensbewegung ausgesprochen wurde.

In der Entschließung heißt es, daß nach den Satzungen des DGB sich die Gewerkschaften parteipolitisch neutral und unabhängig verhalten wollen und den Mitgliedern die volle Meinungs- und Koalitionsfreiheit zusichert. Das bedeutet, daß ein Gewerkschaftsfunktionär dies solange sein könne, als er vom Vertrauen der Mitglieder getragen werde und seine Kenntnisse und Fähigkeiten für die Gewerkschaftsbewegung unter Beweis stelle.

Außer diesen Feststellungen heißt es in der Resolution der Junggewerkschafter, „daß angesichts der gesteigerten Kriegsvorbereitungen die Arbeit der Friedensbewegung ein Ziel dient, mit dem Millionen Gewerkschaftsmitglieder übereinstimmen, denn es geht dabei um die Erhaltung des Friedens.“

Die jungen Gewerkschafter haben kein Bedürfnis, einen neuen Krieg erleben zu wollen, so heißt es ferner, und ein dritter Weltkrieg, der die gesamte Menschheit mit

gemeinsamen Aktionen der französischen und deutschen Arbeiterklasse sind ein Teil des internationalen Kampfes gegen die Kriegstreiber, für die Erhaltung des Friedens. Das Abkommen stellt einen Schritt von weltpolitischer Tragweite im Kampf um den Frieden dar. Dieses Programm der internationalen

teilt, weil es im Widerspruch zu den Interessen der Gewerkschafter und aller friedliebenden Menschen stehe.

Statt sich gegen die Friedensbewegung zu stellen, halten die jungen Gewerkschafter von Daimler-Benz Mannheim es für notwendig, daß sich alle Gewerkschaftsfunktionäre einschließlich des Bundesvorstandes mit der Friedensbewegung solidarisch erklären und mit allen ihren Kräften den Bestrebungen dienen müßten, die der Menschheit eine neue Katastrophe und den dritten Weltkrieg ersparten.

Theaterdonner um die Verwaltungsreform

Krach zwischen Ministerpräsident und Regierungsparteien — Der Finanzausschuß weist Etat an die Regierung zurück

Stuttgart. Im Finanzausschuß des Landtages kam es in der letzten Sitzung zu einer heftigen Debatte über die letzten Reden des Ministerpräsidenten Maier zur Verfassungsreform. Der Ausschuss beschloß einstimmig, die Etat-Beratungen zu unterbrechen und die Haushaltspläne aller Ministerien der Regierung zu einer nochmaligen Überprüfung der Stellenanforderungen zurückzugeben. Bis nächsten Dienstag erwartet der Finanzausschuß von der Regierung und Ministerpräsident konkrete Vorschläge zur Durchführung der Verwaltungsreform.

Von den Vorsitzenden der kommunistischen Landtagsfraktion, Leibbrand, wird uns dazu mitgeteilt: „Ministerpräsident Dr. Maier hält landauf und landab Reden, in denen er sich als den einzigen Vorkämpfer der Verwaltungsreform anpreist, der allein auf der Flur gegen den Widerstand der Ministerien und des Landtags für den Abbau des aufgeblähten Behördenapparates kämpft. Zur gleichen Zeit aber legt derselbe Ministerpräsident Dr. Maier dem Landtag Haushaltspläne vor, in denen in vielen Behörden weitere Stellenvermehrung vorgeschlagen wird. Dieses Doppelspiel nehmen die Regierungsparteien ihrem Ministerpräsidenten übel. Sie sind erbost darüber, daß Maier auf ihre Kosten die Verwaltungsreform zu seinem Propagandaschlag für die kommenden Wahlen machen will. Beiden Seiten geht es dabei nur um die Propaganda. Von einer echten Verwaltungsvereinfachung kann in diesem reaktionären, volksfremden Staat und unter dieser Regierung keine Rede sein. Je länger der Ministerpräsident samt den Regierungsparteien von der Verwaltungsreform reden, um so mehr nimmt die Zahl der Beamten zu. In den wenigen Ämtern, wo durch den Wegfall von Stellen, z. B. in der Bewirtschaftung, ein Aufbau erfolgte, traf er fast ausschließlich die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten, während die höheren Beamten gehalten wurden.“

Wie der Ministerpräsident selbst die von ihm so laut gepredigte sparsame Verwaltung versteht, zeigt praktisch ein Beispiel aus seinem eigenen Ministerium, dem Staatsministerium. Die ihm direkt unterstellte „Vertretung des Landes Württem-

berg-Baden bei der Bundesregierung in Bonn“ soll von vier auf sechs höhere Beamte vergrößert werden. Der Leiter, bisher Ministerialrat, soll zum Ministerialdirektor befördert werden, mit der einzigen Begründung, daß die anderen westdeutschen Länder es auch so machen. Diese sechs Beamte

Flüchtlinge fordern Aufhebung der Maßregelung Max Reimanns im Bundestag

Bonn, 21. Juni 1950. Von der Empörung, die das Verbot für Max Reimann, eine Erklärung vor dem Bundestag abzugeben, ausgelöst hat, zeugt folgendes Schreiben des Landesarbeitsausschusses der Flüchtlinge Schleswig-Holsteins:

Kiel, 18. 6. 1950.

Herrn Max Reimann

Frankfurt a. M., Gutleutstr. 8-12. Nachstehend übermitteln wir die auf dem Landesarbeitsausschuß der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein am 18. 6. 1950 gefaßte Protestresolution.

„Die am 18. Juni 1950, vom zweiten Arbeitsausschuß der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein einberufene Tagung der Flüchtlinge protestiert entschieden gegen den Ausschuß des Bundestagsabgeordneten Max Reimann für 30 Tage von den Bundestagsitzungen. Der Ausschuß ist ein offener Verfassungsbruch und hat die Besetzung der letzten demokratischen Rechte für fortschrittliche Volksvertretung zum Ziel.“

25 deutsche
Söldner-Divisionen
fordert der amerikanische Abgeordnete
Poage und sagt:
„Ich weiß, daß die Aufstellung der
von mir vorgeschlagenen Formationen
zahllosen jungen Amerikanern das Leben
retten wird.“
Daß dieser teuflische Plan des Mr.
Poage niemals Wirklichkeit werde, dafür
zeichne sich die deutsche Jugend
in die Unterschriftenlisten für das Verbot
der Atombombe ein.
Gib Deine Unterschrift für die Stockholmer
Friedensbeschlüsse, für das Verbot
der Atomwaffe!

Schumanplan richtet sich gegen das deutsche Volk

Im Uhrensaal des Quai d'Orsay in Paris tagt die „Schumanplan-Konferenz“. Hier sind die Vertreter der Schwerindustrie Westeuropas einschließlich des westdeutschen Separatstaates versammelt, um den Auftrag der amerikanischen Imperialisten entgegenzunehmen, um die Voraussetzungen zu schaffen, zum weiteren Ausbau des Rüstungspotentials Westeuropas.

Zwar versucht man, diese Aufrüstungspläne mit schönen Worten von der Verteidigung der westeuropäischen Kultur und vom Wiederaufbau zu vertuschen. Doch ist die Rolle des Schuman-Plans schon weitgehend gekennzeichnet durch die Tatsache, daß es in allen Ländern die Monopolkapitalisten sind, die sich für die Verwirklichung der Ziele dieses Planes einsetzen. Selbst britische Gewerkschafter sind dieser Ansicht. So zum Beispiel der Generalsekretär der britischen Eisenbahngesellschaft J. B. Figgins, der nach einer Meldung des „Telegraph“ vom 18. Juni 1950, von dem Schuman-Plan als Herrschaft von Vertretern „des reaktionärsten privaten Unternehmertums“ spricht, „das die Welt jemals gesehen hat“.

Um die Verwirklichung des Schuman-Plans ging es auch in Düsseldorf wo der amerikanische Hochkommissar McCloy vor dem Studienausschuß der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen der Ruhrindustriellen die Marschroute angab. Die Ruhrindustriellen müßten nach McCloy noch mehr rationalisieren — das bedeutet gesteigerte Ausbeutung. Das notwendige Kapital für Investitionen müßte nach McCloy aus den Taschen der Werktätigen kommen. Sagte er doch: „Pläne müßten ausgearbeitet werden zur Förderung der Spartanität eines jeden Deutschen, der zu sparen in der Lage ist.“ Die Produktionskosten sollen gesenkt werden, d. h. auf gut deutsch, die Löhne sind ihm zu hoch und wenn das „Vertrauen“ der ausländischen Kapitalgeber erworben ist, soll es ausländisches Kapital geben.

Und trotzdem McCloy von solchen Dingen spricht, von denen man annehmen kann, daß sie den Beifall der Schwerindustriellen finden, gab es doch einen Zwischenfall, der von der westdeutschen Presse verschwiegen oder nur ungenügend wiedergegeben wurde. Die „New York Times“ berichtete schon am 17. Juni 1950 darüber:

„Einer unter den Anwesenden, Theodor Goldschmidt, Präsident der Handelskammer Essen, beschwerte sich über die Besatzungskosten, über hohe Steuern, die Deontologie und das Versagen der Alliierten, das Flüchtlingsproblem zu lösen, das seinen Ausführungen nach Angelegenheit sei, auf Grund der Abmachung zwischen Roosevelt und Churchill.“

McCloy, der sich unerwartet von einem seiner deutschen Gefolgsleute aus dem Konzept gebracht sah, packte nun seinerseits aus:

„Vergessen Sie nicht“, sagte er, „wer diesen Krieg begann. Ob die hier anwesenden Herren dafür persönlich verantwortlich sind“ (Fortsetzung auf Seite 2)

Protestkundgebung in Hannover

Hannover. In einer Kundgebung protestierte der Kommunistische Partei Hannover gegen den Ausschuß Max Reimanns und vier weiteren KPD-Abgeordneten aus den Sitzungen des Bundestages. Auf der Kundgebung sprach Bundestagsabgeordneter Fritz Rische, der erklärte, daß der Ausschuß allen parlamentarischen Regeln widerspreche und sich gegen die Bemühungen um einen gerechten Frieden zwischen den Völkern richte.

(Fortsetzung von Seite 1) oder nicht. Denken Sie an den Krieg und all das Elend, das folgte, und daß dieses auf deutschem Boden geboren und gezeugt wurde, wofür Sie die Verantwortung auf sich nehmen müssen.

Wer aber trifft die Verantwortung für den Krieg, der heute auf westdeutschem Boden vorbereitet wird, wovon der Schuman-Plan ein Teil ist?

Nicht nur, daß die Kriegsgefahr durch die Verwirklichung dieses Planes wächst, die werktätige Bevölkerung in Westdeutschland wird sehr bald merken, wie die bisherigen und auch die weiteren Kriegsvorbereitungen einschließlich Schuman-Plan dazu ansetzen, ihre Lebenshaltung zu verschlechtern. Nach den vorgesehenen Erhöhungen der Preise für Brot und andere Lebensmittel soll z. B. nun auch der Inlandspreis für Kohle erhöht werden, bei einer gleichzeitig geforderten Herabsetzung der Exportpreise, wodurch wir den Export der Kapitalisten anderer Länder finanzieren helfen sollen. Adenauer schlägt beispielsweise vor, die Erhöhung der westdeutschen Inlandskohlenpreise der Schumanplan-Behörde zu übertragen.

Der Hergabe der deutschen Industrie für den Schumanplan, das ist nationaler Verrat. Es darf keinem ehrlichen Deutschen gleichgültig sein, ob deutsche Fabriken und Unternehmen einer fremden Behörde, also ausländischen Kapitalisten unterstellt werden. Westdeutsche Arbeiter und Antestellen aber werden sich mit allen gewerkschaftlichen Mitteln wehren, dagegen, daß ausländische Monopolkapitalisten darüber zu entscheiden haben, ob die westdeutschen Betriebe und Bergwerke für immer oder zeitweise stillgelegt werden.

Der Ausgang der Wahlen in Nordrhein-Westfalen

Vom Sekretariat des Parteivorstandes der KPD wird uns geschrieben:

Die Wahlen vom 18. Juni 1950 im Lande Nordrhein-Westfalen müssen nicht nur für die Mitglieder und Funktionäre der kommunistischen Partei, sondern für alle Deutschen, die sich um das Schicksal unserer Heimat sorgen, Anlaß sein, ernsthafte Lehren zu ziehen.

Nach den Wahlen zum Bundestag erklärte unsere Partei, daß die Stimmabgabe der Bevölkerung Westdeutschlands einen ersten Fehlscheid bedeute. Sie erklärte damals weiter, daß die reaktionären Kreise Westdeutschlands das Wahlergebnis sicherlich dazu benutzen würden, um von den Kolonialherren erwünschten Kurs zur Vorbereitung eines neuen Krieges und zur verstärkten Ausplünderung der werktätigen Massen beschleunigt durchzuführen.

Es ist der reaktionären Führung der CDU und der FDP am 18. Juni noch einmal gelungen, die Massen irreführen und ein für sie günstiges Resultat zu erzielen. Ja, es konnte der Adenauer-Clique sogar gelingen, eine Mehrheit für die Annahme ihrer volksfeindlichen Verfassung zu erzielen, für eine Verfassung, welche die Bevölkerung noch nicht einmal kannte.

Diese Verwirrung der Bevölkerung im wichtigsten Lande Deutschlands erreichten die Adenauer, Erhard und Blücher dadurch, daß sie die Aufmerksamkeit abzulenken verstanden und den entscheidenden Problemen unseres Volkes: von der Vorbereitung eines neuen Krieges durch den amerikanischen Imperialismus und seine Gehilfen auf deutschem Boden, von der Auslieferung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Ar-

beiter an die aus- und inländischen Konzernherren und der wachsenden Verschlechterung der Lebensbedingungen der westdeutschen Bevölkerung.

Durch hemmunglose Lüge und Verleumdung, durch Gewissenszwang und dem Mißbrauch religiöser Gefühle, durch ein skrupelloses Spiel mit dem Leid der Hinterbliebenen der Gefallenen des Hitlerkrieges, durch den Haßfeldzug gegen die Friedensgenossen zwischen Deutschland und Polen gelang es, die Urteilskraft vieler Wähler zu schwächen.

An dieser Desorientierung der werktätigen Bevölkerung hat der verhängnisvolle Kurs der rechten Führer der SPD einen wesentlichen Anteil. Sie wetteiferten mit den Wortführern der Reaktion in antikommunistischer Hetze. Sie richteten ihr Feuer fast ausschließlich gegen links und halfen so, der Reaktion ihr Spiel zu erleichtern. Die Folge davon wird sein, daß auch in Nordrhein-Westfalen die Regierung mit dem Bonner reaktionären Block restlos gleichgeschaltet wird.

Wer aus dem Wahlergebnis des 18. Juni einen Vertrauensbeweis für die Politik des Bonner Systems herausliest, täuscht sich.

Dieselben Wähler, die sich am Sonntag noch einmal von antikommunistischen Tiraden und Schauerreden aus der Requisitionskammer des Dr. Göttsch irreführen ließen, sind heute schon von tiefem Mißtrauen gegen die volksfremde Millionärsgesellschaft und ihre ausländischen Auftraggeber erfüllt. Sie werden sich morgen gegen diejenigen wenden, für die sie gestern noch stimmten.

Es unterliegt keinem Zweifel: Die Stimmabgabe für die Parteien, die das Bonner Regime repräsentieren, bedeuten keine Zustimmung zur Eingliederung der westdeutschen Bevölkerung in den Kriegsblock unter amerikanischer Führung, keine Zustimmung zur würdelosen Unterschrift Adenauers unter das Petersberger Abkommen, keine Zustimmung zur würdelosen Unterschrift Adenauers unter das Petersberger Abkommen, keine Zustimmung zur Verteilung der Spaltung Deutschlands, keine Zustimmung zu den Millionengeschenken an die Reichen, keine Zustimmung für die volkstümliche aufgeblasene Bonner Bürokratie, keine Zustimmung zu Lohn- und Rentennachzahlung und keine Zustimmung zur Kälte, Mißachtung der Forderung der Kriegsgesop-

der Fliegergeschädigten und andere Opfer des Krieges.

In dieser Feststellung liegt bereits die klare Aufgabenstellung für die Mitglieder unserer Partei. In dieser Feststellung liegt auch der Beweis für die Fragwürdigkeit des Wahlerfolges der reaktionären Kräfte. Millionen von Nichtwählern, ja auch Millionen von Wählern der Adenauer und Blücher sind Gegner ihrer Politik und können morgen schon Kämpfer gegen ihre Politik sein. 338 000 Wähler der KPD bedeuten inmitten der Flut der gegen unsere Partei anstürmenden Verleumdungen und haßerfüllten Lügen eine Kraft, die vielfach stärker ist als der Prozentsatz, den sie von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen darstellen. Die große Kraft dieser 338 000, die sich durch nichts haben beirren und einschüchtern lassen, wird dann wirksam werden, wenn sie gemeinsam mit allen Ausgeplünderten und Entrechteten den Kampf für die elementaren sozialen und demokratischen Rechte und Forderungen führen.

Der Ausgang der Wahlen in Nordrhein-Westfalen löst keine einzige der Lebensfragen unseres Volkes. Im Gegenteil. Schon in wenigen Tagen wird sich erweisen, daß die Adenauer, Erhard und Blücher ihren Prestige-Erfolg dazu benutzen, um neue härtere Schläge gegen die Interessen der werktätigen Massen zu führen. Schon ist bekannt, daß die Rentenversicherung der Kriegsgesopfer durch eine neue Gesetzesvorlage aus Bonn verschlechtert werden soll. Schon ist die Erhöhung des Brotpreises beschlossen. Schon droht ein Abbau der Gehälter und Versorgungsansprüche der Beamten. Schon werden neue Steuern vorbereitet, die den Verbraucher noch mehr belasten werden. Die Unternehmerverbände sehen sich ermutigt, neue Schläge gegen die Löhne und die demokratischen Rechte der Arbeiter und ihrer Vertretungen zu führen. In diesem Wahlkampf treten faschistische Kolonnen in Erscheinung, die organisiert und finanziert durch die Schwerindustrie — Überfälle auf Arbeiterversammlungen, Lokale und Büros ausführen.

In dieser ersten Stunde muß sich die Arbeiterschaft und das ganze werktätige Volk Rechenschaft über die durch das Wahlergebnis signalisierte Lage geben. Vor allem für die sozialdemokratische und christliche Arbeiterschaft gilt es jetzt, eine Entscheidung zu fällen, die verhindert, daß ähnlich wie 1932, der Reaktion und dem Faschismus die Tore zur unumschränkten Herrschaft geöffnet werden. Die Arbeiterschaft darf nicht tatenlos zusehen, wie unser Volk erneut der Katastrophe eines Krieges entgegengetrieben wird. Sie darf nicht untätig zusehen, wie ihre Familien immer mehr in Not versinken. Sie darf nicht zulassen, daß die demokratischen Rechte der Arbeiter durch die zügellos auftretende Reaktion beseitigt werden.

Die deutsche Arbeiterschaft will keine Wiederholung von SS-Methoden und des faschistischen Terrors. Die Erkenntnis muß sich bahnbrechen, daß nur in einheitlichem Handeln der Arbeiterschaft ein weiteres Vordringen der Reaktion verhindert und diese schließlich entscheidend geschlagen werden kann. Nur in einheitlichem Kampf um den Lohn, um die Erhaltung des Arbeitsplatzes und um die demokratischen Rechte kann das arbeitende Volk die Vergrößerung der Not verhindern. Nur im gemeinsamen Handeln schließlich kann die Arbeiterschaft den Kriegstreibern in die Arme fallen und unserem Volk den Frieden erhalten.

Jetzt erst recht gilt es, die Reihen der Partei zu festigen, sie enger mit den Massen zu verbinden und im täglichen Kampf um die Interessen unseres Volkes zu beweisen, daß in unserer Partei die tapfersten und konsequentesten Kämpfer stehen. Unermüdet und aufopfernd haben viele tausende Mitglieder unserer Partei in diesen Tagen des Wahlkampfes für die Sache der Wahrheit und Gerechtigkeit, für die Sache des Friedens und der Freiheit der Menschen agitiert und gearbeitet. Nun heißt es noch beharrlicher die Aufklärung ins Volk tragen, nun heißt es noch mutiger und breiter das Banner des Friedens zu entfalten. Noch immer hat die Entwicklung des Lebens den Kommunisten recht gegeben. Schon in den nächsten Tagen und Wochen wird sich wiederum erweisen, wie recht wir heute haben mit unserer eindringlichen Warnung und mit unserem leidenschaftlichen Appell zum gemeinsamen Handeln aller Deutschen in der Nationalen Front, für ihre Heimat, für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands.

„Dank“ vom Hause Adenauer

Kürzung der Beamtengehälter — Pensionen werden nur zu 58 v. H. ausbezahlt

Bonn. (EB) Heute, zwei Tage nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen sichern die ersten Nachrichten durch, über das von der Bundesregierung ausgearbeitete neue Beamtengesetz. Das Gesetz war bereits vor der Wahl vom Kabinett gebilligt, wurde aber mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die Wahl in Nordrhein-Westfalen bis Montag streng geheimgehalten. Heute quittiert der „Sieger“ Adenauer den Beamten den „Dank“ des Hauses Adenauer-Blücher.

Der Wortlaut des Gesetzes: Die Gehälter und Pensionen werden um 5,2 von Hundert gekürzt. Pensionsanspruch wird — wie bisher — nur dann anerkannt, wenn mindestens 10 Dienstjahre geleistet worden sind. Von den erdienten Pensionsansprüchen werden nur 74 von Hundert zur Auszahlung gebracht. Das Wartegeld wird auf 58 von Hundert der Bezüge reduziert. Bei der Errechnung der Pension für rentenberechtigte Wehrmachtbeamte werden für die Periode des Naziregimes lediglich zwei Beförderungen anerkannt.

Das ist der erste Angriff der Adenauer-Regierung der Millionen auf die Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes. Was wird folgen? Das Bundesversorgungsgesetz für die Kriegsgesopfer, über das ja bereits Einzelheiten bekannt geworden sind, wird auch die bescheidenen Hoffnungen der hungernden Kriegsgesopfer zunichte machen. Die Sozialrenten, die Witwen und Waisen, die Unfallberechtigten, die auf eine Verbesserung ihrer Hungerbezüge sehnsüchtig warten, warten vergeblich. Der

Lastenausgleich, von dem sich Millionen heute noch eine Verbesserung ihres elenden Daseins versprechen, wird zu einer volksverbrecherischen Phrase werden. Mit dem Sieg der Adenauer-Blücher hat die brutale Reaktion gesiegt. Ihr Dank an die irreführten Wähler ist der verschärfte Hunger.

Nun haben die Werktätigen das Wort

Bonn. (EB) Dr. Köhler will nicht, daß seine Willkürmaßnahmen gegen die KPD-Fraktion im Ältesten-Ausschuß oder im Gremium beraten werden. Die vier kommunistischen Abgeordneten haben gegen ihren widerrechtlichen Ausschluß Einspruch erhoben und in einem längeren Schreiben die unverzügliche Aufhebung desselben verlangt. Dr. Köhler glaubt, gestützt auf die Rechtsmehrheit des Bundestages, die vorläufige Geschäftsordnung so auslegen zu können, daß er über diesen Einspruch auch ohne Aussprache im Ältesten-Rat zur Tagesordnung übergehen kann. Die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und die Werktätigen, ganz gleich, wo sie stehen, müssen durch eine Steigerung der Protestwelle dafür sorgen, daß ihre Sprecher, die aus geschlossenen KPD-Abgeordneten, den ihnen durch die Wahlen erteilten Auftrag ungehindert ausführen können.

Bundestag wagte keine Entscheidung

Verhandlungen gegen die Demontagen in Watenstedt-Salzgitter nach drei Monaten — KPD verlangt sofortige Einstellung

Bonn. (EB). Die Bevölkerung von Watenstedt-Salzgitter kann Arbeit und Brot haben, wenn Sie das wollen, erklärte Hermann Nuding (KPD), den Abgeordneten des Bundestages zugewandt, bei der Begründung eines Antrages seiner Partei, die Demontagen in Watenstedt-Salzgitter sofort einzustellen. Der Antrag verlangt weiter, im Zusammenwirken mit der Landesregierung den Gewerkschaften und den Betriebsräten der Reichswerke ein Soforthilfprogramm auszuarbeiten, um die Existenzgrundlage der Bevölkerung des dortigen Gebietes sicherzustellen.

Der Antrag der KPD-Fraktion war am 8. März 1949 gestellt worden. Seine Behandlung wurde auf Anweisung von Dr. Adenauer (der damit den Befehlen des Petersbergs nachkam), immer wieder verschoben. Als am Mittwoch der Bundestag zwei Stunden über den Antrag und über eine Interpellation der Deutschen- und Bayernpartei zur gleichen Frage geredet hatte, wurde der KPD-Antrag dem wirtschaftspolitischen Ausschuss überwiesen. Dort kann seine Erledigung solange hinausgezögert werden, bis auch wirklich gar nichts mehr in Watenstedt-Salzgitter zu retten ist. Das nennt man in Bonn der Bevölkerung helfen.

Adenauer arbeitet mit Robertson Hand in Hand

In Vertretung Adenauers erklärte Dr. Blücher, daß der britische Hohe Kommissar behauptet, die Demontagen in Watenstedt-Salzgitter als „Entmilitarisierungsmaßnahmen“ durchzuführen, um den Reichswerken den Charakter als „Rüstungsbetrieb“ zu nehmen. Zu gleicher Zeit wird jedoch ein gleichartiges Hüttenwerk in Linz an der Donau nicht nur nicht angetastet, sondern noch ausgebaut. Damit wird die Berechtigung der Feststellung von Hermann Nuding unterstützt, daß die Demontagen im Salzgitter-Gebiet mit Unterstützung des Adenauer-Kabinetts nur durchgeführt werden, um eine tote Zone entlang der Grenze der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen, in der kein entscheidendes Industrierwerk mehr arbeiten soll.

Die Durchführung dieser Demontage zwei Jahre, nachdem durch das Potsdamer Abkommen alle Demontagen beendet sein sollen, wird völkerrechtswidrig vorgenommen.

betonte Abg. Nuding weiter. Die Zahl der Arbeitslosen wurde um rund 100 000 erhöht und mit Recht protestierte die gesamte Bevölkerung gegen den rechtswidrigen Abbau ihrer Lebensgrundlage. Das Recht steht bei der Forderung auf unverzügliche Einstellung der Demontagen auf deutscher Seite, fuhr Abg. Nuding fort. Um den Menschen in Watenstedt-Salzgitter Arbeit und Brot zu garantieren, liegen genügend Aufträge aus der Deutschen Demokratischen Republik für die früheren Reichswerke vor. Die DDR hilft aber nicht nur durch Aufträge, sondern auch durch aktive Unterstützung für die von der Demontage hart betroffenen Menschen, besonders für die Kinder. Wenn Sie, wie Sie es immer behaupten, Magnet gegenüber dem Osten sein wollen, dann beweisen Sie das durch die Annahme unseres Antrages und durch eine aufbauende Politik. Daß der „Bundestag“ sich selbst und das von ihm vertretene Staatsgebilde für keinen Magneten hält, bewies er durch die Vertagung der von der KPD beantragten Entscheidung.

Binnenschifffahrt mit blindem Kurs

Mobilmachung gegen Kriegstransporte durch Entsendung von Delegierten zur Friedenskonferenz am 8. und 9. Juli in Bremen

Die Binnenschifffahrtstagung in Lübeck ging am 15. Juni zu Ende. Aus dem Bericht des Zentralvereins und der Referenten konnten die über 450 Tagungsteilnehmer tiefe Einblicke in die Krise der westdeutschen Binnenschifffahrt gewinnen. Ministerialdirektor Dr. Seiermann gab den Schiffspark der Binnenschifffahrt mit etwa 70 v. H. des Vorkriegsbestandes an.

Nach Dr. Seiermann ist die westdeutsche Kanalschifffahrt nur zu etwa 50 v. H. beschäftigt. Dazu kommt der Wettbewerb der Küstenmotorschiffer und vor allem der Bundesbahn.

Alle an der Binnenschifffahrt interessierten Kreise einigte offenbar die Forderung: „Wir brauchen langfristige billige Kredite!“ Nicht Kredit- oder Tarifforderungen veranlassen uns zu der Kennzeichnung „Blinder Kurs“, es ist vielmehr das hemmunglose

und widerspruchsvolle Hineinschlittern in die Krisenpolitik des Europarates und Atlantikpakts.

Das Hineinschlittern in die von amerikanischen Monopolisten gelenkten Westeuropapläne wurde eindeutig als gefährliche Unterstützung der Kriegsvorbereitungen durch folgende Tatsache unterstrichen. Kein einziges Wort der Freundschaft mit den Ländern des Ostens und der Deutschen Demokratischen Republik wurde in den Referaten ausgesprochen.

Also bewußt erfolgte eine Vertiefung der Spaltung unseres Vaterlandes! Die eigentlichen Binnenschiffer, ganz gleich, ob kleine Schiffeigentümer oder die Bestmänner und das übrige Personal, waren auf der Tagung nicht vertreten. Gerade sie sind nicht gewillt, den Kriegskurs zu steuern. Nach den Worten des Präsidenten des Zentralvereins,

Professor Dr. Most, ist Binnenschifffahrtspolitik weitgehend Seehafenpolitik. Darum gilt für die Schiffer: Klarer Friedenskurs gegen Kriegsvorbereitung und Waffentransporte! Auch die Binnenschiffer müssen Delegierte entsenden zum Friedenskongreß am 8. und 9. Juli in Bremen.

Hedler mußte raus

Einfelden. Eine geschlossene Aktion gegen den Faschisten Hedler zeigten die Einfeldener Werktätigen, als Hedler in einer Versammlung sprechen wollte. Nachdem er von der dortigen Gemeinde bereits Redeverbot hatte, mußte er von über 100 Polizisten aus dem Saal geführt werden, um den Angriffen der empörten Bevölkerung zu entgehen. Antifaschisten führten hierauf die vorgesehene Versammlung mit Rednern aus ihren Reihen durch.



Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN
Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin

45 Fortsetzung

„Andrej! Aufstehen! Du bekommst noch Skorbut vor lauter Schlafen!“
Und während sie noch in den Schlafsäcken aus Pelz delagten und nur die bedeckten Köpfe herausstreckten, begann ihr Arbeitstag.
„Frag mich mal nach Vokabeln, Andrej!“
Und dann ging es los! Klau — der Mensch, Neusket — die Frau, Galmjtschilen — der Reiche, Wyletkurken Klau — der Handelsmann usw.
„Kann ichs, Andrej?“
„Ja, es geht sehr gut, Nikita Sergejewitsch. Man kann ruhig sagen: Das übersteigt alle Erwartungen.“

„Es wird nicht lange dauern, und ich halte eine Rede auf tschuktschisch. Wie sagt man „Geh!“?“
„Kantoi!“

„Also los, kantiere! Geh und besorge Hundeschlitten! Heute fahren wir die Küste entlang und führen Wahlen für die Lagerkomitees und Stammesowjets durch. Solange du verhandelt, werde ich ein paar Plinzen bakken. Wir gewöhnen uns das Brotessen ganz ab, mein Lieber!“

„Man hat mir erzählt, daß Thomson hier sein Leben lang Brot auf einer „Blitzlampe“ bäckt. Ich wollte es auch ausprobieren, aber ich habe nie Zeit dazu“, sagte Shukow.

Loß hüllte sich in sein Pelzgewand und raschelte mit dem Hacken im Herd.
„Kantiere schnell los!“ sagte er lächelnd.
„Das Wort verweigert sich jetzt nicht mehr.“

Mr. Symons rückte sich im Schaukelstuhl Mr. Thomsons und rauchte duffenden „Capstone“. Er war Bevollmächtigter der North Company und leitete die Pelzfaktorei. Er war Pelzhändler und Verkäufer, Lagermeister und Buchhalter in einer Person. Seine Ansicht nach war hier sogar ein Mensch zu viel. Die Tatenlosigkeit bedrückte Mr. Symons. Er war ein hagerer, blonder Mann von etwa dreißig Jahren, mit einem kalten, hochmütigen Gesicht und trübem Blick. Alles war ihm hier zuwider, und Mr. Symons schalt sich gar manches Mal, daß er sich vor dem hohen Gehalt in der Firma North Company hatte verleiten lassen und in dieses wilde Land gekommen war. Er hatte die läger, ihre Kleider, ihre lüchelnden Gesichter. Er war zufrieden, daß sie nicht allzu oft in seine Faktorei kamen.

Wenn Mr. Symons seine Baude oder sein Lager betrat, zog er gewöhnlich das Taschentuch heraus, umwickelte damit die Türklammer und faßte sie dann erst an.

Der Winter war schon auf seiner Höhe angelangt, und Mr. Symons litt unter unerträglicher Langeweile.

Drei Monate waren vergangen, seit die „Bechimo“ weg war, nachdem sie ein rasch zusammengegerimmertes Haus, einen Speich die Waren der Pelzfaktorei und Mr. Symons zurückgelassen hatte.

In dieser Zeit hätte man vor Langeweile umkommen können, wenn nicht Charles Thomson dagewesen wäre. Es war ein Glück, daß er noch für ein Jahr hiergeblieben war. So hatte man doch wenigstens Gesellschaft und konnte sich an den langen Winterabenden unterhalten.

Jeden Morgen, gleich nach dem Aufstehen, zog sich Mr. Symons langsam an und ging in die Baude Mr. Thomsons. Auch der Schneesturm konnte ihn nicht davon abhalten. Von der Pelzfaktorei bis zu Mr. Thomsons Baude war ein Seil gespannt, an dem sich Mr. Symons entlangtastete.

Er aß bei Mr. Thomson. Morgens tranken sie Kaffee und aßen eingelegte Früchte. Dann hörte Mr. Symons zu, und Mr. Thomson erzählte. An Sonntagen zogen sie das Grammophon auf, legten Patience, und so verkürzten sie sich beim flimmernden Licht der Petroleumlampe die lange Polarnacht. Beim Abschied sagte Mr. Symons ironisch:
„Good-bye, Mr. Thomson. Zeit ist Geld!“

Als Mr. Symons eines Tages zum Abendessen Whisky mitbrachte, unterhielten sie sich lange wie gute, alte Freunde.
„Mary!“ rief Charly. „Bring noch Kaffee!“
Mary wunderte sich. Sonst hatte immer die Mutter den Kaffee gebracht. Sie zog das Kleid an und ging hinein.
„Nimm dir auch eine Tasse! Setz dich mit uns an den Tisch! Heute ist Sonntag“, sagte der Vater.

Es war noch nie vorgekommen, daß der Vater die Tochter zu Tisch bat. Mary war

verwirrt. Sie stand da und wußte nicht, was man von ihr wollte.

„Setz dich nur!“ sagte der Vater und nahm sie an der Hand.
„Eine hübsche Tochter haben Sie, Mr. Thomson“, sagte Symons kühl. „Sie spricht nicht englisch?“

„Nein“, sagte Charles Thomson zögernd. Das Grammophon spielte.
Mr. Symons ließ den Blick nicht von Mary, die hastig ihren Becher austrank. Plötzlich sprang sie auf und lief hinaus.
„Oh, wohin so schnell, Miß Mary? Wir werden noch tanzen!“

Aber Mary hatte schon die Tür hinter sich zugemacht.
„Sie kann nicht tanzen, Mr. Symons.“
„Oh, sie muß es lernen! Ein Mädchen muß tanzen können. Ich kann es sie lehren.“

Sie rauchten wieder ihren „Capstone“ und schwiegen.
„Gut, Mr. Symons, setzen wir unser Gespräch fort! Ich kann doch immer noch nicht begreifen, weshalb die North Company hier den Handel monopolisieren will. Das Monopol schließt die Konkurrenz aus, und darauf beruht doch der Handel.“

„O ja, Mr. Thomson, Sie haben ganz recht! Nur haben Sie eins vergessen. Wir haben mit dem russischen Handelsministerium zu tun. In Sowjetrußland ist heute alles monopolisiert. Es sind nur wenige Privatkauflleute übriggeblieben.“

Mr. Symons stand auf und hob resigniert die Schultern. „Wir können es nicht ändern. Wir sind gezwungen, uns zu fügen. Wir sind hier nicht die Herren.“

„Wie werden denn die Geschäftsleute in Rußland leben?“
Symons zuckte die Achseln.
An diesen Abend war ihre Unterhaltung besonders freundschaftlich.

„Welche Pläne haben Sie eigentlich für die Zukunft, Mr. Thomson?“

„Wahrscheinlich fahre ich im Sommer nach Amerika.“

„Selbstverständlich. Ich wundere mich überhaupt, Mr. Thompson, wie Sie Ihr halbes Leben hier verbringen konnten. In dieser kleinen Kammer hier, ohne Bad, ohne Auto, ohne Blumen! Ich kann es mir nicht vorstellen... Meine Frau ist tot, ich habe keine Kinder, und nur deshalb habe ich es gewagt, für gutes Geld hierherzukommen. Aber Gott behüte mich davor, noch ein weiteres Jahr hierzubleiben! Ein halbes Leben! Schon der Gedanke daran ist furchtbar, Mr. Thomson!“

„Die Gewohnheit, Mr. Symons. Ist Ihre Frau schon lange tot?“

„Seit zwei Jahren. Und jetzt bin ich ganz allein. Ich verdiene mir jetzt hier etwas Geld und mache dann in Kanada irgendein Geschäft auf. Und Sie, Mr. Thomson, haben Sie etwas für die alten Tage zurückgelegt, wenn das kein Geschäftsgeheimnis ist?“

„Mein Geschäft ist vorbei, Mr. Symons.“ Thomson schwieg eine Weile. „Ich muß Ihnen offen gestehen, daß Sie mir sehr gut gefallen haben. Ich ruhe mich in Ihrer Gesellschaft geradezu aus. Sie sind ein anständiger Mensch, Mr. Symons. Vielleicht vertraue ich Ihnen auch deshalb mein Geheimnis an.“

Charles Thomson stand auf und ging auf den Geldschrank zu. Aber bevor er dort angelangt war, blieb er stehen und sagte:
„Mr. Symons, Sie werden mit Ausnahme der Bankbeamten der erste Mensch sein, der erfährt, was ich besitze.“

Er klirrte mit dem Schlüsselbund und zog einen Päckchen Dokumente heraus. Mit zitternden Händen legte er diese auf den Tisch und sagte gerührt:

Kurznotiert

Stürmische Ovationen für Marika Rockk in Karlsruhe

Karlsruhe. (Iwb) Seitens hat das Badische Staatstheater in Karlsruhe derart stürmische Ovationen erlebt, wie am Dienstag beim Gastspiel der bekannten Filmschauspielerin Marika Rockk.

2,5 Millionen DM für den Aufbau Bruchsal

Bruchsal. (Iwb) Für die Fortführung des Wiederaufbaus, für die Trümmerbeseitigung und für Notstandsarbeiten in Bruchsal sind im Haushaltsjahr 1950/51 2.240.150 DM vorgesehen.

Beobachtungsabteilung der LVA

Karlsruhe. (Iwb) Die Stadtverwaltung von Karlsruhe errichtet gegenwärtig in den Städtischen Krankenanstalten eine Beobachtungsabteilung der Landesversicherungsanstalt Baden.

Tod durch Berührung mit elektrischem Strom

Karlsruhe. In einem Betrieb in der Hardeckstraße kam ein Hilfsarbeiter beim Abnehmen einer Kabelleitung mit dem elektrischen Strom in Berührung und wurde getötet.

Proteststreik gegen Vorenthaltung des Mitbestimmungsrechts

Keine Einstellung oder Entlassung ohne Zustimmung des Betriebsrates

Forbach. (Volkskorrespondent). Die Belegschaft der Firma Hilkert, Schneidwerkzeuge Granitwerke bei Raumzuch führte einen Proteststreik durch, da die Geschäftsleitung ohne Zustimmung des Betriebsrates einen Büroangestellten entlassen und einen anderen dafür eingestellt hatte.

Der Betriebsrat hatte sich nach Bekanntwerden der vorgenommenen Entlassung bzw. Neueinstellung mit der Firma in Verbindung gesetzt und die Rückgängigmachung dieser Maßnahmen gefordert.

Keine Unterschrift für den Frieden

Die Geschlossenheit der Arbeiterschaft, die daraufhin die Arbeit zum Protest niederlegte, belehrte den Unternehmer bald eines anderen. Nach Verhandlungen, bei der auch ein Vertreter der Gewerkschaft Bau-Stein-Erde anwesend war, mußte der Betriebsrat sich dazu bequemen, anzuerkennen, daß der Betriebsrat bei zukünftigen Entlassungen und Einstellungen die Zustimmung erteilen muß.

Dieser Proteststreik der Arbeiter ist ein Beweis dafür, daß nur durch die Geschlossenheit der Arbeiterschaft im Kampf um ihre Rechte ein Erfolg erreicht werden kann. Dem „Herr im Hause“-Standpunkt der Unternehmer kann nur tatkräftig entgegengetreten werden, wenn die Arbeiterschaft entschlossen den Kampf um das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben führt.

Reparaturen, von denen nicht gesprochen wird

15 bis 20 Milliarden Gewinn aus deutschen Patenten — Ein Bombengeschäft, das Rüstungsgewinn such noch steigert

Stuttgart. Das Organ der DAG, „Der Angestellte“, veröffentlicht in seiner Nummer 6 vom 10. Juni interessante Einzelheiten über die amerikanische Wirtschaftspraxis und über die riesigen indirekten amerikanischen Kriegsgewinne aus der „Beschlagnahme“ deutscher Patente.

Nach diesen Angaben waren 1939 20.870 deutsche Warenzeichen in der Welt registriert. Sie wurden 1945 gleichzeitig mit nicht weniger als 200.000 deutschen Auslandspatenten „beschlagnahmt“.

Wie mit diesen deutschen Patenten und Warenzeichen in den letzten Jahren umgegangen wurde, geht aus nachfolgenden Beispielen hervor: Auf der letzten Mailänder Messe stellte eine bekannte Frankfurter Firma ihre zahlreichen Universalgeräte aus, die unter dem Namen „Emda“ bekannt sind.

In Südamerika hatte eine pharmazeutische Fabrik sich des deutschen Warenzeichens „Salvarsan“ bedient, jedoch die Herstellung keineswegs so sorgsam vorgenommen, wie das unter Beobachtung von Luftabschluß notwendig gewesen wäre.

Doch, was kümmert es die ausländischen Verkäufer, wenn Menschenleben durch solche Praktiken vernichtet werden? Allein „abgebend“ war in diesem Fall das „business“, das Geschäft. Drei-, viermal und noch öfter wurden deutsche Patente weiterverkauft und der Umsatz erhöht.

Auf fünfzehn bis dreißig Milliarden DM allein schätzt die Zeitschrift die Gewinne aus der Beschlagnahme deutscher Patente.

Nach den auf 54 Milliarden Dollar geschätzten Kriegsgewinnen fließen riesige Gewinne dem amerikanischen Großkapital durch die Marshallplanisierung Westdeutschlands und Westeuropas in die Taschen.

Doch die Völker werden sich weigern, ihr Blut in Dollar umzumünzen zu lassen. Sie unterstützen die Friedensbewegung in aller Welt.

Zu Gunsten der privaten Unternehmer

Karlsruhe. (Iwb) Der sogenannte „Verkehrskrieg“ in Karlsruhe wurde vom Verkehrsministerium zugunsten der privaten Unternehmer entschieden.

Die Stadt Karlsruhe hatte beantragt, daß Postomnibusse und Omnibusse privater Unternehmer künftig nicht mehr bis zur Stadtmitte, sondern nur noch bis an den Rand der Stadt verkehren sollten.

Am Dienstagabend erwartete er vor dem Haus seine frühere Quartiergeberin und traf sich später mit ihr auf der Straße.

Vom Henker zum Betrüger und Straßenräuber

Karlsruhe. (Iwb) Unter Ausnutzung seiner Stellung als Angestellter des Arbeitsamtes Pforzheim hatte sich der 35jährige Arnold Etzkorn mit unwahren Angaben zahlreiche Darlehen in Höhe von insgesamt 250.000 DM verschafft.

Vor dem Karlsruher Schwurgericht gab Etzkorn am Mittwoch die Taten nach anfänglichem Leugnen zu, behauptete aber, daß er sie nur begangen habe, um mit dem erhofften Erlös die erneute Forderung eines Erpressers befriedigen zu können.

französischen Behörde in Bithl (Baden) beschäftigt ist, während der Besetzung Stuttgarts durch die Franzosen im Jahre 1945 bei der Frau einquartiert und hatte freundschaftliche Beziehungen zu ihr unterhalten.

UMSCHAU IM LANDE

Zwei siebenjährige Kinder in einem Tümpel ertrunken

Bibersfeld. (Iwb) Zwei Brüder im Alter von sechs und sieben Jahren sowie ein weiterer siebenjähriger Junge stürzten dieser Tage in den Tümpel eines Gipsbruches in der Nähe von Bibersfeld im Kreise Schwäbisch Hall.

Mißglückter Überfall auf einen Omnibus

Biberach (Riß). (Iwb) In der Nacht zum Montag versuchten bei Rot zwei Wegelagerer einen aus Frankfurt zurückkehrenden Omnibus zu überfallen, indem sie gegen das Fahrzeug Holzblöcke schleuderten.

Durch unterirdischen Kanal in den Neckar gespült

Ludwigsburg. (Iwb) Ein 17jähriger Junge wurde am vergangenen Samstag durch den rund 430 Meter langen Kanal des Tälesbaches bei Ludwigsburg-Hoheneck in den Neckar gespült.

Der Junge hatte zusammen mit zwei Männern am Eingang des Schachtes vor einem Gewitterregen Schutz gesucht.

Dunkles aus Karlsruhe

Karlsruhe. Ein auswärtiger Gewerbetreibender wurde festgenommen, weil er vor der kleinen Kirche auf betrügerische Art bettelte, indem er sich so auf seine Beine setzte, daß der Eindruck entstand, als habe er beide Beine verloren.

In der vergangenen Nacht stieg ein Dieb durch das offenstehende Fenster in eine Wohnung in der Richard-Wagner-Straße ein und stahl dort Ausstattungsgegenstände und einen kleineren Bargeldbetrag.

In der vergangenen Nacht wurde in der ehemaligen Dragonerkaserne ein Kiosk erbrochen und durchwühlt.

Völkerkundliche Ausstellung in Mannheim

Mannheim. (Iwb) Im Mannheimer Zeughaus wird am kommenden Samstag eine Ausstellung mit den völkerkundlichen Sammlungen der Mannheimer Museen eröffnet.

Sie biß sich selbst in den Arm

Mannheim. (Iwb) Die Mannheimer Polizei hatte vor kurzem ein Mädchen wegen Trunkenheit festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert.

Kunstgießmeister als Falschmünzer festgenommen

Schwäbisch Gmünd. (Iwb) In Schwäbisch Gmünd wurde dieser Tage ein 30jähriger lediger Kunstgießmeister wegen Münzverbrechens verhaftet.

Badische Kraftsport-Meisterschaften erneut verschoben

Wegen Terminüberschneidungen mußten die badischen Kraftsport-Meisterschaften, die für den 2. Juli in Karlsruhe ausgeschrieben waren, zum dritten Mal verlegt werden.

Bonn kürzt die Mittel der Post

Nur noch 30 neue Telefonanschlüsse monatlich im Mannheimer Raum

Mannheim. (Iwb) Auf Anweisung des Bundespostministeriums sind nach einer Mitteilung der Industrie- und Handelskammer in Mannheim die Mittel der Oberpostdirektion Karlsruhe so stark gekürzt worden, daß in Mannheim und der weiteren Umgebung der Stadt monatlich nur noch dreißig Telefonanschlüsse neu eingerichtet werden können.

Auf seine ehemalige Quartiergeberin geschossen

Stuttgart. (Iwb) In den späten Abendstunden des Dienstag schoß in Stuttgart ein älterer Franzose mit der Pistole auf seine ehemalige deutsche Quartiergeberin.

Stuttgart oder Offenbach - wer holt die Viktoria?

Ein Neuling und ein „Routinier“ im DFB-Endspiel im Olympia-Stadion

Von den beiden Mannschaften, die am Sonntag im Berliner Olympia-Stadion das Endspiel um die DFB-Meisterschaft bestreiten, sind die Offenbacher Kickers erstmalig im Finale um die höchste Trophäe des deutschen Fußballsports.

Der VfB Stuttgart ist kein Neuling bei den Endspielen um die deutsche Fußballmeisterschaft und er hat bereits einmal im Finale gestanden.

Das voraussichtliche Ergebnis des Endspiels im Berliner Olympia-Stadion voraus-

zusagen, dürfte etwas gewagt sein. Wenn auch so manche gewichtigen Gründe für einen Sieg des VfB Stuttgart sprechen — trotzdem der VfB in beiden Meisterschaftsspielen den Offenbachern 1:4 und 1:2 unterlag — so hat doch der Verlauf der diesjährigen DFB-Runden einmal mehr bewiesen, daß beim KO-System Überraschungen besonders häufig sind und daß, weil die Tagesform entscheidend ist, eine über sich hinauswachsende Mannschaft die Chance hat, einen an sich besseren Gegner aus dem Felde zu schlagen.

Das Entscheidungsspiel um den Aufstieg zur süddeutschen Oberliga zwischen dem VfL Neckarau und 46 Ulm ist für Samstag, 24. Juni nach Heilbronn angesetzt.

DFB-Endspiel im Süddeutschen Rundfunk

Das Endspiel um die Deutsche Fußballmeisterschaft zwischen dem VfB Stuttgart und den Offenbacher Kickers am kommenden Sonntag im Berliner Olympiastadion wird aus Berlin übertragen.

Der VfL Neckarau muß nach Heilbronn

Das Entscheidungsspiel um den Aufstieg zur süddeutschen Oberliga zwischen dem VfL Neckarau und 46 Ulm ist für Samstag, 24. Juni nach Heilbronn angesetzt.

Südbadischer Fußballverband wünscht gesamtbadische Amateurliga

Auf einer internen Sitzung des südbadischen Fußballverbandes sprachen sich die Vorstandsmitglieder einstimmig für die Bildung einer gesamtbadischen Amateurliga aus.

Conen noch nicht frei

Der Altinternational Edmund Conen, der von Bayer, Leverkusen, unter Vertrag genommen wurde und am 15. Juni sein Traineramt antrat, wurde entgegen seiner Zusage von der Stuttgarter Kickers noch nicht freigegeben.

Kongreß der Amateurboxer beendet

Der Kongreß des Internationalen Amateur-Boxverbandes schloß am Freitag in Kopenhagen mit einem Zwischenfall. Nach Beendigung der Tagesordnung schlug der sowjetische Delegierte vor, daß der gesamte Kongreß den Stockholmer Friedensappell unterschreiben sollte.

Zwei neue Gewichtsklassen im Boxen

Zwei neue Gewichtsklassen bei den Amateurböxern

Die beiden neuen Gewichtsklassen, Leichtweltergewicht und Schwerweltergewicht, zu den bisher üblichen acht Klassen hinzuzufügen, beschloß der Internationale Amateurböxerverband auf seinem Kopenhagener Kongreß.

Internationale Leichtathletik-Kämpfe in Stuttgart

Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Eisenbahner-Sportvereins Rotweiß Stuttgart findet am Sonntag im Stuttgarter Neckarstadion ein Großes Internationales Leichtathletiksportfest statt.

Meisterschaften der „Solidarität“

Der RKB „Solidarität“ führte am vergangenen Samstag und Sonntag in Philippsburg seine Gaumeisterschaften im Saalsport und im Straßenrennen durch.

Anschließend waren die „Solidaritätler“ aus allen Gebieten des Gaues und die Einwohner des Ortes in gemütlicher Runde beisammen, so daß man wirklich von einem „Volksfest der Solidarität“ sprechen konnte.

Schertle an der Spitze

In Dudenhofen wurde der zweite Lauf der stärksten deutschen Bahnamateure zur Ermittlung einer Nationalmannschaft zu einem Triumph der süddeutschen Amateure.

karstadion ein Großes Internationales Leichtathletiksportfest statt, bei dem sich erstmals nach dem Kriege Vertreter von fünf Nationen ein Stelldichein geben werden.

Badische Kraftsport-Meisterschaften erneut verschoben

Wegen Terminüberschneidungen mußten die badischen Kraftsport-Meisterschaften, die für den 2. Juli in Karlsruhe ausgeschrieben waren, zum dritten Mal verlegt werden.

Am ersten Tag der großen Duisburger Ruderregatta siegte Etuf Essen

Achter in 6:33 Minuten vor dem Kölner RV in 6:33,9 und dem Kölner Klub für Wassersport in 7:02 Min.

Privatspiele der Landesliga

ASV Feudenheim — Ph. Ludwigshafen 0:1

Das in der vergangenen Woche der Witterung zum Opfer gefallene Spiel, des badischen Landesligisten wurde am Mittwoch nachgeholt und brachte den Feudenheimern mit der knappen Niederlage von 0:1 gegen den Oberligavererein von Südwest.

VfR Mannheim — TS 46 Mannheim 6:1

die Kreisligisten-Mannschaft mit ziemlich starker Besetzung und nahm gleichzeitig die Gelegenheit wahr, einige Spieler der Reserve wieder einmal zum Zuge kommen zu lassen.

So sah man Senck in der Verteidigung und im Sturm zeigte Danner, daß er im Training bereits weniger geworden ist. Trotzdem die anfänglich sehr geschickt verteidigenden Turner in der ersten Halbzeit einigemmaßen standhalten konnten, ergab sich der Hauptanteil der Torausbeute bereits bis zur Pause.